



UM fair TEILEN Reichtum besteuern
Bundesweiter Aktionstag 29.9.12



Umfairteilen

Rede in Köln am 29.9.2012 von

Rede Özlem Demirel,
Bundesvorsitzende der Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

- Es gilt das Gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Arm per Gesetz durch Hartz IV, Arm trotz Arbeit durch Leiharbeit und Dumpinglöhne, Arm trotz jahrzehntelanger Einzahlung in die Rentenkassen, das alles gehört zum Alltag von Millionen von Menschen. Dagegen protestieren wir heute lautstark!

Der Hartz-IV Eckregelsatz wurde im vergangenen Jahr nach wochenlanger Diskussion um gerade einmal 5 Euro erhöht, der Rentensatz um 1 %/0. Begründet wurde das mit den leeren Staatskassen. Die Regierungen der letzten Jahrzehnte redeten alle von der zu schnell tickenden Schuldenuhr, doch von ihrer Kehrseite, dem privaten Vermögen einer kleinen Minderheit, schwiegen sie. Dabei besitzen die reichsten 10 %/0 ca. 4,9 Billionen Euro. Demgegenüber stehen 2,2 Billionen Euro Schulden.

Statt die Millionäre und Vermögenden zu Kasse zu bitten, wurde in den letzten Jahren eine Politik auf Kosten der Armen und Ärmsten der Armen gemacht. Wir sagen: Schluss damit! Starke Schultern müssen endlich mehr tragen.

Brecht schrieb mal sehr treffend: "Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: »wär ich nicht arm, wärst du nicht reich«."

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wie kann eine sehr kleine Minderheit so viel Reichtum anhäufen, auf wessen Kosten ist so etwas möglich? Das ist die entscheidende Frage! Die reichsten 0,1 Prozent haben mehr als die unteren 80 Prozent der Bevölkerung zusammen. Eine solche Reichtumsverteilung ist pervers. Und was hat der Staat dagegen unternommen? Nichts! Im Gegenteil: Banken wurden mit Milliarden schweren Paketen gerettet, Hartz IV und Leiharbeit eingeführt und die Vermögenssteuer abgeschafft. Das zeigt ganz klar und offen, wessen Interessen hier vertreten werden.

Und mit einer europaweiten Politik von Fiskalpakt, Dumpinglöhnen und der Zerstörung der sozialen Infrastruktur zahlen die abhängig Beschäftigten und die Erwerbslosen weiterhin die Zeche für die Krise, während die großen Konzerne und Anleger erneut Rekordgewinne einfahren.

Das ist ungerecht, undemokratisch und unverschämt!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Verschiedene Studien zeigen, dass Migrantinnen ganz besonders unter der ungerechten Verteilung des Vermögens leiden. Die Arbeitslosenquote ist bei Migranten doppelt so hoch und mit 28,2 % sind Migranten deutlich stärker von Armut betroffen. Wir wollen aber eine soziale und rechtliche Gleichstellung für Alle! MigrantInnen müssen sich aber stattdessen anhören, dass sie keine produktive Funktion für die Gesellschaft hätten. Sie erleben, dass Nazis durch dieses Land ziehen können und Menschen umbringen, während jahrelang Politik und Medien über „Delikte innerhalb der Migrantenszene“ spekulieren. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass Rassismus und Krisen zusammengehören. Wir aber sagen, Deutsche und Migranten müssen gemeinsam für eine bessere Zukunft kämpfen. Wir sagen, die Konflikte verlaufen nicht zwischen den Nationalitäten! Religionen oder Kulturen, sondern zwischen oben und unten, zwischen Arm und Reich.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung spricht für sich. Diese Ungerechtigkeit lässt sich nicht mehr verstecken oder vertuschen. Doch der Wirtschaftsminister Rösler will davon nichts wissen. Er sagt allen Ernstes, dass die Fakten im Armutsbericht nicht der Meinung der Bundesregierung entsprechen. Wie verblendet muss man eigentlich sein, um Fakten als Meinung abzutun? Rösler sagt deutlich, wovor er sich fürchtet: Er fürchtet sich vor genau dem, was wir hier als ersten Schritt fordern. Eine Vermögenssteuer und Vermögensabgabe sind längst überfällig!

Wir fordern statt Milliardengeschenke an die Reichen und Konzerne endlich armutsfeste Renten, eine repressionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, ein Mindestlohn der den Namen verdient statt Leiharbeit und prekäre Beschäftigung sowie bezahlbaren Wohnraum!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir sagen, das hier heute ist nur ein Anfang ist. Wir sagen, wir kämpfen weiter für eine echte Umverteilung! Wir kämpfen für Gerechtigkeit!